



Plenarprotokoll

68. Sitzung

Donnerstag, 10. Dezember 2020

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	8078	Andreas Wild (fraktionslos)	8094
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	8078	Marcel Luthe (fraktionslos)	8094
1 Aktuelle Stunde	8079	Regierender Bürgermeister Michael Müller	8097
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Ergebnis	8102
Mit Solidarität und Umsicht gegen die Pandemie: Mit der Impfstrategie und gutem Infektionsschutz – zuerst und vor allem für besonders gefährdete Gruppen ..	8079	9 A Vierzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin	8102
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)		Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 9. Dezember 2020	
in Verbindung mit		Drucksache 18/3232	
43 Vierzehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung	8080	zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP	
Antrag der Fraktion der FDP		Drucksache 18/3179	
Drucksache 18/3204		Zweite Lesung	
Silke Gebel (GRÜNE)	8080	in Verbindung mit	
Burkard Dregger (CDU)	8082	25 A Zweite Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (GO Abghs)	8103
Raed Saleh (SPD)	8083	Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 9. Dezember 2020	
Georg Pazderski (AfD)	8085	Drucksache 18/3234	
Carsten Schatz (LINKE)	8087		
Florian Kluckert (FDP)	8089		
Lars Düsterhöft (SPD)	8091		
Florian Kluckert (FDP)	8091		
Andreas Wild (fraktionslos)	8092		
Antje Kapek (GRÜNE)	8092		
Andreas Wild (fraktionslos)	8092		
Christian Gräff (CDU)	8094		

Emine Demirbükten-Wegner (CDU)	8124	4.2	Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	8145	
Senatorin Elke Breitenbach	8124				
Danny Freymark (CDU)	8124				
Senatorin Elke Breitenbach	8124	12	Gesetz über die Errichtung einer Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB-Errichtungsgesetz – LSFBG)	8145	
Priorisierung der Ständigen Impfkommision	8125		Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3190		
Franziska Leschewitz (LINKE)	8125		Erste Lesung		
Senatorin Dilek Kalayci	8125		Harald Moritz (GRÜNE)	8145	
Franziska Leschewitz (LINKE)	8125		Oliver Friederici (CDU)	8146	
Senatorin Dilek Kalayci	8125		Harald Moritz (GRÜNE)	8146	
Thomas Isenberg (SPD)	8126		Oliver Friederici (CDU)	8146	
Senatorin Dilek Kalayci	8126		Sven Heinemann (SPD)	8147	
4	Prioritäten	8126	Gunnar Lindemann (AfD)	8148	
gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhaus von Berlin			Sven Heinemann (SPD)	8149	
4.1	Priorität der Fraktion Die Linke	8126	Gunnar Lindemann (AfD)	8149	
5	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 – NHG 20/21)	8126	Kristian Ronneburg (LINKE)	8150	
Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020 Drucksache 18/3221			Henner Schmidt (FDP)	8151	
zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2738 Neu			Ergebnis	8153	
Zweite Lesung			4.3	Priorität der AfD-Fraktion	8153
<u>hierzu:</u>			20	Einsetzung eines Sonderausschusses „Coronaverordnungen“	8153
Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/2738 Neu-1			Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 18. November 2020 Drucksache 18/3135		
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2738 Neu-2			zum Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/3092		
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2738 Neu-3			Marc Vallendar (AfD)	8153	
Steffen Zillich (LINKE)	8127		Sebastian Walter (GRÜNE)	8154	
Christian Goiny (CDU)	8129		Marc Vallendar (AfD)	8154	
Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	8130		Karsten Woldeit (AfD)	8154	
Christian Goiny (CDU)	8130		Marc Vallendar (AfD)	8154	
Torsten Schneider (SPD)	8132		Sven Kohlmeier (SPD)	8155	
Dr. Kristin Brinker (AfD)	8135		Sven Rissmann (CDU)	8156	
Daniel Wesener (GRÜNE)	8137		Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	8157	
Sibylle Meister (FDP)	8138		Holger Krestel (FDP)	8158	
Senator Dr. Matthias Kollatz	8140		Dr. Petra Vandrey (GRÜNE)	8158	
Christian Goiny (CDU)	8143		Sven Kohlmeier (SPD)	8159	
Daniel Wesener (GRÜNE)	8143		Dr. Petra Vandrey (GRÜNE)	8159	
Senator Dr. Matthias Kollatz	8144		Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	8159	
Ergebnis	8144		Dr. Petra Vandrey (GRÜNE)	8160	
Beschlusstext	8192	4.4	Ergebnis	8160	
			4.6	Die Zukunft des Flughafens BER auf breite, leistungsfähige Schultern stellen! ...	8160
			Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3207		

(Christian Goiny)

Wir haben von Anfang an signalisiert, dass wir alle Maßnahmen zur Finanzierung der Gesundheitsausstattung und der betreffenden Maßnahmen mittragen. Von den 2 000 angekündigten Intensivbetten, die uns die Gesundheitsministerin versprochen hat, fehlen nach dem Stand der Informationen vom heutigen Tage noch 300. Die Zahl ist nicht erfüllt. Wir haben im Mai bei der Besichtigung des Coronabehandlungszentrums bereits erkannt, dass das Personal in den Pflegeeinrichtungen, in den Krankenhäusern und für das Behandlungszentrum fehlt. Jetzt sagt die Ministerin: Oh, das ist schwierig. Wir müssen mal gucken, dass wir welche finden. – Auch hier ist im Grunde genommen nichts passiert.

Hinsichtlich der Finanzierung der Impfzentren muss man feststellen, dass das Geld bis Mai da ist, aber die Frage, wie es danach im nächsten Jahr weiterlaufen soll, konnte uns die Gesundheitsministerin auch nicht beantworten. Auch hier muss man einfach sagen, dass das ein fahrlässiger Umgang mit der Gesundheit der Menschen ist. Dass dann die Ministerin jedes Mal, wenn jemand auch nur irgendwie in den Verdacht gerät, hier in dieser Stadt noch zu feiern, sofort loskreischt, Coronazeit sei keine Partyzeit, aber die Pflegeheime und die Betreuungsheime für Senioren in dieser Stadt sich zu einem Coronahotspot entwickelt haben, das ist ein ganz persönliches Versagen der Gesundheitsministerin, denn wir haben als CDU-Fraktion darauf seit März hingewiesen.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Von daher ist es schon ein bisschen merkwürdig, dass ausgerechnet der Regierende Bürgermeister diese Arbeit der Gesundheitsministerin in dieser Stadt auch noch lobt, denn im Grunde genommen ist sie nach wie vor nicht in der Lage, auch nur mal irgendeine Zahl zu nennen. Sie kann auch nicht auf irgendeine konkrete Nachfrage antworten. Wir haben das jetzt mehrfach in Parlamentsausschüssen erlebt, und die Situation, die wir in der Gesundheitsversorgung dieser Stadt sehen, ist ja auch entsprechend. Wir warten jedes Mal auf Antworten zu den Fragen, die wir haben, und ich glaube, das ist langsam auch für diese Stadt nicht mehr verkraftbar, eine Gesundheitsministerin zu haben, die nicht in der Lage ist, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, das Personal zur Verfügung zu stellen, die entsprechenden Beschaffungen zu tätigen und andere wichtige Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsversorgung in dieser Stadt sicherzustellen.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Stefan Förster (FDP)
und Andreas Wild (fraktionslos)]

Dann noch einmal das Thema Qualitätskontrolle. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das heute gelesen hat: Die Gewerkschaft der Polizei hat darauf aufmerksam gemacht, dass es offensichtlich eine wachsende Unruhe innerhalb der Polizeibehörde gibt, weil da möglicherweise nicht zertifizierte FFP2-Masken im Umlauf sind. Ich finde, das darf auch nicht sein, dass diejenigen, die

mit an vorderster Front gerade auch mit den uneinsichtigen Menschen in dieser Stadt ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen, offensichtlich im Unklaren darüber gelassen werden, ob die Schutzausstattung, die ihnen zur Verfügung gestellt wird, auch den erforderlichen Standards entspricht. Auch hier erwarten wir schnellstens vom Senat entsprechende Antworten und eine Klärung des Sachverhalts.

Dieser Haushalt ist in der Finanzierung der Maßnahmen, die ich eben aufgezählt habe, notwendig und richtig. Er ist allerdings auch unvollständig. Viele Dinge fehlen, wie wir mit unseren Änderungsanträgen auch deutlich gemacht haben, und wir glauben schon, dass wir beim Thema der Schuldenaufnahme noch weitere Zugeständnisse machen müssen, aber die sind bisher aus unserer Sicht durch das Handeln des Senats und der Koalitionsfraktionen nicht belegt.

Eine persönliche Bemerkung möchte ich noch als haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion machen, weil heute mein geschätzter Kollege Florian Graf seine letzte Plenarsitzung hat. Lieber Florian, ich möchte von dieser Stelle noch mal ganz persönlich als haushaltspolitischer Sprecher Danke sagen für die hervorragende Zusammenarbeit mit dir als Fraktionsvorsitzender und als haushaltspolitischer Sprecher, wo wir als CDU-Fraktion, denke ich mal, in den letzten Jahren viel gemeinsam und erfolgreich arbeiten konnten. Ich fand, das war eine großartige, eine schöne Zeit der Zusammenarbeit mit dir. Ich möchte dir auch ganz persönlich von dieser Stelle alles Gute wünschen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Schneider das Wort.

[Christian Gräff (CDU): Wo ist denn
eigentlich Herr Saleh? –
Zurufe von der SPD: Da sitzt er und arbeitet!]

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Florian Graf! Der Kollege Goiny hat das gesagt, was ich nicht wiederholen will: Toi, toi, toi! Das war eine sehr kollegiale und professionelle Zusammenarbeit in der Vergangenheit und auch jetzt in der Gegenwart.

Ich will den anderen Wortbeiträgen nicht vorgreifen, will mich auch nicht dazu erklären, ob wir möglicherweise, die Industrie- und Handelskammer hat das wohl heute wieder gemutmaßt, durch Kreditaufnahme irgendwelche Lieblingsprojekte von Rot-Rot-Grün finanzieren. Da sollte man, ich stelle anheim, vielleicht einmal genauer

(Torsten Schneider)

hinsehen, bevor man solche Nachrichten in die Öffentlichkeit setzt. Das ist nämlich nicht der Fall.

Ich will zu einem anderen Thema sprechen und möchte hier eine Lanze brechen für eine Wortmeldung des Fraktionsvorsitzenden der CDU im Deutschen Bundestag, den ich von dieser Stelle

[Paul Fresdorf (FDP): Herzlich grüße!]

in anderem Zusammenhang schon einmal kritisiert habe. Nahtlos anschließend an das, was ich heute früh gesagt habe: Es ist Aufgabe des Parlaments, nicht nur aus Eitelkeitsgründen, sondern darüber hinaus, andere Gremien, denen diese Verfassungslegitimation fehlt, darauf hinzuweisen, wo Haushalte beschlossen werden. Ich stimme mit Herrn Brinkhaus nicht überein, wenn er der Meinung ist, auch der finanzpolitische Sprecher der CDU, die Länder würden ihren Beitrag nicht leisten. Dazu hat der Kollege Zillich das gesagt, was auch für die SPD-Fraktion gilt. Aber dass ein Fraktionsvorsitzender eines Parlaments daran erinnert, dass milliardenschwere Beschlüsse in den Parlamenten getroffen werden und nicht woanders, das unterstütze ich ausdrücklich. Das ist nämlich seine Aufgabe.

Zweiter Punkt: Auch darauf ist hingewiesen worden: Ausgerechnet die Bundesländer, die sozusagen Berlin einen relativ saloppen Umgang mit Kreditaufnahmen bescheinigen, tun sich hier in besonderer Weise hervor, zum Beispiel Bayern. Die müssen nach meiner Einschätzung coronabedingte Mindereinnahmen von 5 Milliarden Euro ausgleichen und haben 40 Milliarden Euro Kredit aufgenommen. Insoweit brauchen wir an dieser Stelle keine Belehrungen, auch wenn die Kreditaufnahme jeden Haushalts- und Finanzpolitiker schmerzen muss – und auch schmerzt, selbst den finanzpolitischen Sprecher der Linksfraktion. Denn das ist kein Selbstzweck, Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck,

[Beifall von Paul Fresdorf (FDP)]

aber so funktioniert der Kapitalismus. Es gibt kein Wirtschaftsunternehmen, das ohne Kreditaufnahmen den Konzern steuert, das ist sogar eine Stellgröße, auch für Berlin. Wir haben eine echte Marktmacht mit unserer Schuldenlast bei Prolongationen und können dort, so krude das klingt, Vorteile heben. Auch ein Staatswesen, insbesondere in einer Krisensituation kann um Kreditaufnahmen nicht herkommen.

Deshalb bleibe ich bei meiner Einschätzung, die ich hier beim ersten Nachtragshaushalt schon vorgetragen habe: Wie sich Berlin hier verhält, ist moderat, und es ist vorausschauend. Warum ist das so? – Wir haben bei uns in der Fraktion häufig über den Preis von Entscheidungen diskutiert. Über den menschlichen Preis und das Risiko ist heute früh in der Aktuellen Stunde erschöpfend geredet worden. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Deshalb rede ich über den fiskalischen Preis. Warum musste sich diese Koalition, in dem Punkt auch mit Unterstützung der

CDU-Fraktion, darauf verständigen, noch einmal zusätzliche Kredite von derzeit 500 Millionen Euro aufzunehmen und dem Haus heute hier vorzuschlagen? – Das hat einzig und allein damit zu tun, dass es einen zweiten Lockdown gab, erstens, und dass dieser zweite Lockdown zweitens – noch 30 Sekunden, das kann nicht ganz stimmen, ich habe die Absicht, 15 Minuten zu reden – nicht einen Monat dauerte, sondern mutmaßlich mehrere Monate dauern wird. Das muss dann natürlich reflektiert werden. Auch da gebe ich dem Kollegen Zillich recht: Was noch gar nicht abgebildet ist – ich habe meine Zweifel, ob das mit einer Vermögensabgabe oder einer Zwangshypothek wie beim Lastenausgleich in den Jahren 1945 bis 1949 abschließend ausdiskutiert ist –, aber das von vornherein zu verwerfen, mutmaßlich ideologisch verbrämt, das ist auch nur Reflex. Das ist keine Politik, das ist Reflex.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei der LINKEN]

Fazit ist, die gesamten Förderkulissen des zweiten Lockdowns waren auf einen Monat ausgerichtet. Ich erinnere mal an Helge Schneider, nicht, weil er mein Namensvetter ist, sondern weil er mir spontan einfällt, der dafür geworben hat, nicht die Novembereinnahmen, sondern die Jahresdurchschnittseinnahmen heranzuziehen, weil er im November halt keine Auftritt hatte. Bis in diese kleinste Kulissenunterstützung war die Verheißung in der Bevölkerung: In einem Monat haben wir es geschafft. – Heute, das ist klar und absehbar, wird sich das über diese Zeitachse hinausstrecken. Insofern ist das eine mit dem anderen in einer engen Kausalitätsbeziehung. Warum erwähne ich das? –

[Stefan Förster (FDP): Das frage ich mich auch!]

Weil wir auch einen Auflagenbeschluss in diesem Haushaltsgesetz als Annex beschließen werden, den wir heute hier vorschlagen, der den Senat auffordert, im Fall des Falles, dass er mit dem, was unsere Einschätzungsprärogative übersteigt, dann mit einem dritten Nachtragshaushalt erneut an das Haus heranzutreten. Ich erwähne das aber insbesondere aus juristischen Gründen.

[Karsten Woldeit (AfD): Oh!]

Es entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers, nicht dem Willen des Gesetzgebers, weitere Lockdown-Maßnahmen durchzuführen, die sich abseits von § 28a Infektionsschutzgesetz des Bundes abspielen. Es ist also gerade nicht der Freifahrtschein inkonsequent anzusteuern, das ist damit dezidiert nicht gemeint, sondern die vorausschauende Analyse, dass wir noch nicht überblicken können, dass wir noch nicht wissen, wem wir helfen müssen, wen wir unterstützen müssen. Die Befürchtung, die wir gemeinsam haben, das muss man hier auch ernsthaft diskutieren, deshalb erteilte ich den Reflexen hier, ohne uns in der Sache zu positionieren oder auch nur vorzupositionieren, eine Absage. Das ist doch nicht klar, was da auf uns zukommt. Da können wir alle nur raten.

(Torsten Schneider)

Aber die Aussetzung der Insolvenzbeantragungspflicht, die Verlängerung des Kurzarbeitergelds, die verschafft uns zunächst einmal Luft für eine gesellschaftliche Befundung, die danach abgerechnet wird. Die dann zum nächsten Weihnachtsfest auf die Politik in Deutschland zukommt. Ich befürchte, dass wir in vielen Sektoren zu kurz springen, ob das nun Wirtschaftssektoren wie die Gastronomie anbelangt, die das koppeln mit ihrer internen Befundung: Warum sind wir eigentlich adressiert? – oder andere Sektoren, das können wir alles noch nicht einschätzen. Aber hier stehen Marktumwälzungen bevor oder Bereinigungsprozesse, mit dem Risiko, dass ganze Innenstädte verwaist dastehen. Gerade für eine Stadt wie Berlin – jetzt mögen mal die Kulturpolitiker bitte weghören, weil das sehr rufschädigend für mich ist –, wo die Kultur und das Laissez-faire lebensprägend sind, ein echter Wirtschaftsfaktor sind – guck mich ja nicht an, Kollege Lederer! –, muss uns das doch zu denken geben, wenn wir hier nicht massiv unterstützen und wenn wir jetzt schon der Einschätzung sind, wir können noch gar nicht abschätzen, wo das am Ende des Tages hinführt.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

– Ja, wunderbar. – Eine Wahrheit auszusprechen, auch wenn sie an meinem Ruf knabbert, kann ja nicht schädlich sein. Darauf muss sich Politik vorbereiten, ohne sich in irgendwelche Spielchen zu verhakeln: Wie viel muss der Bund geben, wie viel gibt das Land und dergleichen mehr.

[Bürgermeister Dr. Klaus Lederer: Ist eindeutig ruferhöhend!]

– Aber nur aus deiner Perspektive, mein Lieber!

Ich will noch einen Punkt ansprechen und das nicht in die Länge ziehen. Die korrespondierende Situation, dass jetzt sozusagen ohne Parlamentsbefassung Milliardenentscheidungen vorgeprägt, vorveranlasst werden, die möchten wir zugestellt wissen. Das anbelangt jetzt den Sonderfall diverser Vertragsabschlüsse in der Exekutive. Ich will das hier nicht in die Länge ziehen,

[Zuruf von der LINKEN: Doch, doch!]

aber die Haushaltspolitiker wissen das, und zwar betrifft es den Verkehrssektor.

[Zuruf von der LINKEN: Wir hören Ihnen gerne zu!]

Wenn der Senat der Auffassung ist, er könne 2,7 Milliarden Euro ohne Parlamentsbefassung und ohne Rückendeckung aller drei Koalitionsfraktionen und möglicherweise Stellungnahme der Oppositionsfraktionen einplanen,

[Oliver Friederici (CDU): So nicht!]

dann ist das eine Fehlsichtigkeit. Das tragen wir nicht mit. Das muss hier einmal so deutlich ausgesprochen werden. Das gehört hier ins Parlament. Diese Entscheidungsmacht, die der Senat sich und uns zumutet, macht mehr aus als der gesamte Wirtschafts- und Justizetat

zusammen. Nach dieser Logik könnten wir in die beiden Kopfkapitel Verpflichtungsermächtigungen eintragen, und den Rest macht dann der Senat titelscharf. Das ist ein Modell, das in Skandinavien erprobt wird; da spricht einiges dafür. Jochen Esser war jemand, der in diese Richtung überlegt hat. Aber das ist nicht reale Politik und nicht reale Balancierung von exekutiver und legislativer Machtbeschränkung und -verschränkung. – Das wollte ich hier einmal so deutlich sagen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei der CDU und der LINKEN]

Für die SPD-Fraktion erkläre ich ein Weiteres sehr deutlich: Wir haben durchaus Hinweise bekommen, die die Familienförderung betreffen. Das sei Bundesangelegenheit etc. pp. – Ich will es einmal so formulieren: Es gibt Hinweise, die veritabler sind als andere. In diesem Punkt ist es eine klare politische Sortierung der SPD-Fraktion und der Koalition. Es ist absehbar, auch wenn es uns allen nicht gefällt – man hat es dem Regierenden Bürgermeister und auch der Kanzlerin gestern angemerkt; wer will schon seine Stadt, sein Land in eine solche Situation führen, was aber nun einmal zur Führung gehört in der Notsituation –, dass wir im Januar, möglicherweise auch im Dezember in eine Situation der besonderen Belastung von Familien kommen. Und da ist die Erwartungshaltung vollkommen klar: Ich möchte keinen Zettel aus dem Senat bekommen, dass etwas nicht geht, sondern eine rosa Schleife um ein Paket, dass der Senat dann in Pressekonferenzen verkündet, wie gut er es hinbekommen hat, in diesen Situationen Familien mit besonderer Belastung zu unterstützen. – Das ist für uns essenziell. Ich sehe mich außerstande, einer Entsperrungsvorlage im Hauptausschuss zuzustimmen, die das nicht abbildet,

[Beifall bei der SPD –
Paul Fresdorf (FDP): Er sieht genau, wer klatscht!]

es sei denn, die SPD-Fraktion kommt da zu einer anderen Entscheidung, was ich nicht prognostiziere.

Weil jetzt alles gesagt wurde, nur nicht von jedem, verneife ich es mir auch in dieser Rederunde – ich habe ja noch ein paar; der Senator spricht auch noch, da haben wir noch einmal 15 Minuten Zeit, dann haben wir auch noch den Untersuchungsausschuss zu bereden –, doch noch einmal auf das ein oder andere einzugehen, was mir eigentlich seit ein paar Monaten auf den Nägeln brennt. Aber bisher läuft das hier für meine Verhältnisse sehr harmonisch,

[Lachen von Danny Freymark (CDU)]

und deshalb will ich hier einen Punkt setzen: Der Haushalt ist folgerichtig, schön ist er nicht.

Einen Punkt allerdings zum Schluss: Auch bei diesem Haushalt habe ich folgende Beobachtung in diesem Haus und in allen die Fraktionen tragenden Parteien gemacht: Dass es rückwärts geht in den folgenden Jahren, ist noch nicht jedem bekannt. Das wird eine Riesenherausfor-

(Torsten Schneider)

derung, egal mit welcher Farbe, mit welcher Rückendeckung in der nächsten Legislaturperiode. – Das müssen Sie sich über Weihnachten alle einmal vergegenwärtigen. Es geht rückwärts – in Milliardenkohorten. Deshalb bereiten wir uns darauf vor, auch, indem wir den Vollzug etwas strenger führen, ohne über die Stränge zu schlagen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Seit der letzten Lüftungspause sind zweieinhalb Stunden vergangen, sodass wir jetzt die zweite Lüftungspause machen, die Sitzung unterbrechen und um 16.15 Uhr fortsetzen.

[Sitzungsunterbrechung von 15.34 bis 16.17 Uhr]

Präsident Ralf Wieland:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne wieder unsere Sitzung. Wir waren bei Tagessordnungspunkt 5, der Priorität der Fraktion Die Linke zum Nachtragshaushalt. In der Debatte ist als Nächste Frau Kollegin Dr. Brinker von der AfD-Fraktion zu berücksichtigen. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort! – Bevor Sie loslegen, gonge ich noch mal, vielleicht kommen ja dann doch auch mal ein paar rein. – [Glocke des Präsidenten] – Bitte schön!

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir erleben aktuell eine Zeit größter Verunsicherung. Angst bestimmt das Leben vieler Menschen: Angst vor der Zukunft, vor Erkrankung, vor Vereinsamung, vor Arbeitslosigkeit, Existenzangst.

Politik soll und muss den Menschen Mut machen und ihnen die Ängste nehmen, den Menschen Wege und Möglichkeiten aufzeigen, wie auch in schweren Zeiten das Leben in normalen Bahnen weitergehen kann. Politik muss und soll den gesetzlichen Rahmen setzen, in dem sich die Menschen ohne Angst bewegen können, ohne ihre grundgesetzlichen Freiheitsrechte einzuschränken.

[Beifall bei der AfD]

Bis heute sind die getroffenen Maßnahmen unausgewogen, unverhältnismäßig und irrational. Es fehlt nach wie vor für die vielen Verbote eine evidenzbasierte Grundlage, ein interdisziplinäres Expertengremium, das nicht nur aus Virologen, sondern auch aus Wissenschaftlern anderer Fachbereiche besteht. Wo ist der Wettbewerb der kritischen Intelligenz?

Mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt sollte und müsste in finanzieller Hinsicht die Grundlage für einen

angstfreien Blick in die Zukunft gelegt werden. Das Gegenteil ist leider der Fall. Berlin ist mit diesem zweiten Nachtragshaushalt auf bestem Wege, in eine neue, exorbitante Schuldenfalle zu tappen. Die Aussetzung der Schuldenbremse und die geplante Neuverschuldung Berlins mit nun insgesamt über 7 Milliarden Euro in 2020 sprengen jedes Maß.

Wenn wir haushälterisch in einer Krise gegensteuern wollen, müssen wir zwingend auch in die Zukunft schauen und uns überlegen, welche Lasten wir den zukünftigen Generationen aufbürden. Die finanziellen Folgen der Coronakrise mit hohen Steuerausfällen einerseits und großen Hilfspaketen andererseits werden uns über die kommenden Jahre dauerhaft begleiten. Wir stellen jetzt die Weichen für die finanzielle Tragfähigkeit und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren. Leider ist der vorgelegte Nachtragshaushalt alles andere als nachhaltig und auf die Zukunft ausgerichtet, auch wenn insbesondere die Linken an das Schuldenmärchen der „Neuen Monetären Theorie“ glauben.

Es wird seitens der Koalition behauptet, dass man auf Sicht fahre. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie fahren nicht auf Sicht, sondern Sie fahren regelrecht im Blindflug in eine finanzielle Katastrophe.

[Beifall bei der AfD]

Warum bewerten wir das so? – Die Coronakrise trifft auf eine verschleppte Euro-, Banken- und Staatschuldenkrise, deren Auswirkungen idealerweise mit der Dauerausrede Corona verschleiert werden.

[Beifall bei der AfD –
Frank-Christian Hansel (AfD): Richtig!]

Was ist die Folge? – Die Märkte werden mit Geld geflutet, immer mehr Staatsanleihen aufgekauft und wir erleben eine Asset-Inflation sondergleichen – also eine Inflation der Vermögenspreise wie Immobilien, Aktienkurse usw.

Für die Herrschaften auf der linken und grünen Seite dieses Saales: Die Immobilienpreise in Berlin sind nicht wegen vermeintlich böser Investoren oder Vermieter gestiegen, sondern aufgrund der desolaten Eurorettungspolitik. Wenn ich die Märkte mit Geld flute, kommt es zwangsläufig zu einem Anlagenotstand und zur Verteuerung der Immobilien. Da können Sie sich noch so oft für den verfassungswidrigen Mietendeckel auf die Schultern klopfen, mehr Wohnungen entstehen in Berlin damit ganz sicher nicht.

[Beifall bei der AfD –
Frank-Christian Hansel (AfD): Das weiß auch der Senator!]

Den Fonds für Vorkaufsrechte aufzustocken, geht deshalb an der Realität vorbei. Es geht auch – wie von Herrn Zillich heute schon angesprochen – an der Realität